

## Zum Stand der Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

---

*Dr. phil. Hans-Christian Harten, geboren 1948 in Rendsburg, studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Frankfurt und Hamburg, 1976 Promotion, seit 1977 Assistenzprofessor bzw. Hochschulassistent für Soziologie der Erziehung an der Freien Universität Berlin.*

### *Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit*

Die Arbeitsmarktkrise seit der Mitte der 70er Jahre hat in allen westeuropäischen Industrieländern eine Gruppe in ganz besonderem Maß getroffen: die Jugendlichen. In der Europäischen Gemeinschaft betrug der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren an allen Arbeitslosen 1978 42% - bei einem Anteil an der Erwerbsbevölkerung von knapp 20 %. Für die älteren Arbeitnehmer besteht in vielen Ländern dagegen praktisch Vollbeschäftigung. So lag zum Beispiel in Italien 1976 die Arbeitslosenquote der 14- bis 19jährigen bei 17,8% für die Jungen und 21,1% für die Mädchen, während sie für die 30- bis 59jährigen unter 2 %, teilweise sogar unter 1 % lag; dies gilt ähnlich selbst für die Bundesrepublik, die innerhalb der EG die niedrigsten Arbeitslosenquoten hat: Noch 1979 lag die Arbeitslosenquote der 40- bis 45jährigen hier bei 2,1 %, während sie bei den 20- bis 25jährigen mit 4,5% mehr als doppelt so hoch war<sup>1</sup>.

Die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit liegen zum einen in der allgemeinen Arbeitsmarktkrise; daß Jugendliche überproportional betroffen sind, hat jedoch vorwiegend „strukturelle“ Gründe. Diese liegen im wesentlichen in folgenden Faktoren:

---

<sup>1</sup> Zur Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft vgl. Hans-Christian Harten: Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt 1980.

- Jugendliche sind Älteren gegenüber im Nachteil, weil sie weniger oder gar keine berufs- und betriebsspezifischen Erfahrungen haben, sondern noch eingearbeitet werden müssen und deshalb zu Beginn weniger „profitabel“ eingesetzt werden können.
- Jugendliche werden durch verschiedene rechtliche Regelungen benachteiligt, die z. T. zu ihrem Schutz bestehen (Jugendarbeitsschutzgesetz, Teilzeitberufsschulpflicht, Wehrpflicht, geringerer Kündigungsschutz etc.).
- Unter sozialpolitischen Gesichtspunkten erscheint es als eher „legitim“, Arbeitslosigkeitsrisiken auf Jugendliche abzuwälzen, weil sie oft noch bei ihren Eltern leben und man ihnen Arbeitslosigkeit eher zumuten zu können glaubt als etwa älteren Arbeitnehmern mit Familie.
- Jugendliche werden durch Strukturprobleme bestimmter Branchen besonders betroffen, in denen traditionell überwiegend Jugendliche beschäftigt werden (Beispiel: der hohe Anteil arbeitsloser junger Frauen aus der Textil- und Bekleidungsindustrie in den Niederlanden oder die große Zahl arbeitsloser weiblicher Warenkaufleute aus dem Einzelhandel in der Bundesrepublik).
- Für viele - und zwar gerade anspruchsvollere - Tätigkeiten steigen die finanziellen und arbeitsorganisatorischen Kosten der Ausbildung, so daß Lehrstellen wegrationalisiert werden; dadurch verstärkt sich der Druck auf dem Arbeitsmarkt.

Ein weiterer wichtiger Grund für Jugendarbeitslosigkeit liegt in bestimmten gewerkschaftlichen Strategien der Arbeitsplatzsicherung. Gerade in Ländern mit relativ starken Arbeiterorganisationen (wie Italien oder Großbritannien) ist die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch, während die Arbeitnehmer im mittleren Alter nur ein geringes Arbeitslosigkeitsrisiko haben; hier ist es den Gewerkschaften gelungen, die Arbeitsplätze im Laufe der Zeit immer sicherer, Entlassungen immer schwerer zu machen. Dadurch sinkt die Mobilität zwischen den Arbeitsmärkten, so daß es nun vor allem Jugendliche, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, schwerer haben, überhaupt irgendwo hineinzukommen. Natürlich heißt das nicht, daß die Gewerkschaften schuld an der hohen Jugendarbeitslosigkeit wären; hier zeigt sich nur das Dilemma, daß die Gewerkschaften zwar die Interessen ihrer Mitglieder an der Basis - in den Betrieben - erfolgreich verteidigen können, aber eine auf der staatlichen Ebene fehlende gesamtwirtschaftliche Politik der Arbeitsplatzbeschaffung und -sicherung nicht ersetzen können. Hinzu kommt als weiterer Faktor die demographische Entwicklung: Geburtenstarke Jahrgänge verlassen die Schulen, was den Arbeitsmarkt zusätzlich belastet.

Diese Faktoren sind struktureller Art, d. h. sie bestehen unabhängig von konjunkturellen Bewegungen, sie sind aber zugleich in diese „verflochten“, weil ihr Wirksamwerden von der allgemeinen Auftrags- und Beschäftigungslage abhängt. Zur Arbeitslosigkeit Jugendlicher führen sie erst, wenn der Arbeitskräftebedarf generell sinkt; sie begründen dann die Selektionsmerkmale der Arbeitslosigkeit. In

Phasen der Hochkonjunktur verlieren alle Selektionsmerkmale, die die besondere Betroffenheit Jugendlicher von Arbeitslosigkeit ausmachen, an Bedeutung. Defizite an beruflicher Qualifikation, betrieblicher Erfahrung und „profitabler Einsetzbarkeit“ fallen dann nicht mehr ins Gewicht. Je länger andererseits Krise und Arbeitslosigkeit andauern, desto stärker können sich jene Selektionsmechanismen entfalten, desto größer werden die Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher - ein Zusammenhang, der in den meisten westeuropäischen Industrieländern deutlich hervortritt.

An historischen Beispielen läßt sich zur Genüge belegen, daß der Mangel an beruflicher Qualifikation und an Arbeitserfahrungen — heute das Hauptthema in der öffentlichen Diskussion um die Arbeitslosigkeit Jugendlicher — vergessen ist, wenn die Betriebe aus Gründen der Arbeitskräfteknappheit auf ungelernete Jugendliche zurückgreifen müssen. Dies war besonders akut in Kriegszeiten. So schreibt Ludwig Preller über den Arbeitsmarkt zu Beginn des 1. Weltkriegs: „Viele Arbeiten, die vordem gelernte und ungelernete Kräfte beansprucht hatten, mußten nun in wenigen Tagen von ungelernen Arbeiterinnen und Jugendlichen übernommen werden<sup>2</sup>.“ Ähnlich David Ausubel: „In Kriegszeiten ist die Situation sowohl quantitativ als auch qualitativ umgekehrt. Die beruflichen Möglichkeiten sind fast unbegrenzt. Zahlreiche höchst verantwortungsvolle Stellen sind für relativ unerfahrene Jugendliche zu haben, wenn ‚Ausdauer, Raschheit, Beweglichkeit. . . und Mut‘ beim Militär und in der Kriegsindustrie von großem Wert sind. Unter solchen Bedingungen erlangt man schnell wirtschaftliche Unabhängigkeit; den Jugendlichen wird praktisch ‚die Reife aufgedrängt‘<sup>3</sup>.“ - Qualifikations- und Erfahrungsdefizite erklären nur die Selektion auf dem Arbeitsmarkt, sind aber nicht Ursachen von Arbeitslosigkeit überhaupt<sup>4</sup>.

*Zum Stand der Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik*

Ebenso wie die Arbeitslosigkeit insgesamt ist auch die Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nach 1975 langsam, aber (mit einer Unterbrechung 1977) stetig wieder zurückgegangen, im Verhältnis zur Gesamtarbeitslosigkeit fiel der Rückgang sogar überproportional aus:

*Jugendarbeitslosigkeit in der BRD 1975–1979\**

	1975	1976	1977	1978	1979
Arbeitslosigkeit insgesamt	1 006 554	898 314	911 257	864 243	736 690
unter 20 Jahren	115 753	102 649	105 949	92 030	68 593
in %	11,5	11,4	11,6	10,6	9,3

\* Zahlen jeweils für September

2 Ludwig Preller: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Kronberg/Düsseldorf 1978, S. 9 f.

3 David Ausubel: Das Jugendalter, München 1961, S. 311.

4 Außer im Falle der strukturellen Arbeitslosigkeit im engeren Sinn, d. h. wenn Arbeitskräfte nicht beschäftigt werden, weil sie die für die angebotenen Stellen erforderlichen Qualifikationen nicht besitzen — ein Problem, das in der Bundesrepublik bisher nur eine sehr geringe Bedeutung gehabt hat. Vgl. Hans-Christian Harten/Elisabeth Flitner, Arbeitslosigkeit. Didaktisches Sachbuch zu Analysen, Kontroversen und Lösungsversuchen der Arbeitsmarktpolitik, Reinbek bei Hamburg 1980, Kap. 5.

Zur Statistik sind jedoch einige Anmerkungen erforderlich: In anderen Ländern und in der internationalen Statistik wird in der Regel die Zahl der unter 25jährigen zugrundegelegt; diese Zahl ist wichtig, weil sich in ihr erst ein großer Teil der Probleme des Übergangs vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem ausdrückt. Auffallend ist, daß der Rückgang des Anteils der Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosigkeit nahezu ausschließlich von der Gruppe der unter 20jährigen (und hier insbesondere der unter 18jährigen) getragen wird.

*Altersstruktur der Jugendarbeitslosigkeit in der BRD 1975–1979\**

	1975	1976	1977	1978	1979
Arbeitslose unter 25 Jahren	287 373	257 649	267 822	245 961	192 302
Anteil der 20–25jährigen an allen Arbeitslosen in %	17,1	17,2	17,8	17,8	16,7

\* Zahlen jeweils für September

Die *Dunkelziffern* sind unter Jugendlichen besonders hoch: Viele melden sich nicht beim Arbeitsamt, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben; Jugendliche, die nur einen Ausbildungsplatz suchen, werden nicht als arbeitslos registriert (im September 1979 gab es noch 20 155 unversorgte Bewerber um Ausbildungsplätze bei den Arbeitsämtern, die zu der Zahl der Arbeitslosen hinzurechnet werden müßten); viele ausländische Jugendliche werden nicht registriert, weil sie z. B. keine Arbeitserlaubnis haben usw.

Es hat mittlerweile eine Reihe von Versuchen gegeben, das Ausmaß der „verdeckten“ Jugendarbeitslosigkeit zu ermitteln. Baethge u. a.<sup>5</sup> kommen für Mai 1976 zu einer Zahl von 235 000 - das Zweieinhalbfache der offiziell angegebenen 92 000 arbeitslosen Jugendlichen (unter 20 Jahren). Die hessische DGB-Jugend hat für 1978 eine Zahl von 14 804 statt 6590 Arbeitslose unter 20 Jahren in Hessen errechnet. In beiden Fällen wären demnach in den offiziellen Arbeitsamtszahlen nur 39 bzw. 45 % der arbeitslosen Jugendlichen erfaßt. Diese Differenz ergibt sich in der hessischen Untersuchung im wesentlichen aus der Gegenüberstellung der Arbeitsamtszahlen mit der in der Berufsschulstatistik ausgewiesenen Zahl arbeitsloser Jugendlicher. Ähnlich in Berlin: Hier standen 1977 2500 in der Arbeitsamtsstatistik registrierten Jugendlichen 5200 arbeitslose Jugendliche in Sonderklassen an Berufsschulen und an Sonderschulen gegenüber<sup>6</sup>.

Eine große Anzahl Jugendlicher ist in den vergangenen Jahren in *berufsvorbereitenden Maßnahmen* der Arbeitsämter untergebracht worden. 1973/74 nahmen knapp 14 000, zwei Jahre später bereits fast 39 000 Jugendliche an solchen Maßnahmen teil; inzwischen ist ihre Zahl wieder etwas zurückgegangen, weil statt dessen

5 Martin Baethge/Eva Brumlop/Hannelore Faulstich-Wieland/Frank Gerlach: Ausbildungs- und Berufsstartprobleme von Jugendlichen, Göttingen 1978.

6 Berufsausbildung - Jugendarbeitslosigkeit 19/1979; Harten/Flitner, a.a.O., S. 214 f.

die speziell für Jugendliche ohne Arbeit und Ausbildung eingerichteten Sonderformen des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) stark ausgebaut wurden.

*Bildungsmaßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit<sup>7</sup>*

	1972/73	1974/75	1976/77	1978/79
1. Berufsvorbereitende Maßnahmen insgesamt	11 143	24 846	38 123	31 712
davon: Grundausbildungslehrgänge	1 060	6 988	11 228	8 974
Förderlehrgänge	6 441	10 488	15 417	12 909
Lehrgänge zur Verbesserung der Eingliederungsfähigkeit	2 860	6 354	9 345	7 710
Arbeitserprobung und Berufsfindung	767	995	2 092	2 028
2. Sonderformen BGJ	1 090	2 557	18 053	44 750
1. + 2.	12 233	27 403	56 176	76 462

Auffallend ist, daß die Zahl der Förderlehrgänge, deren Aufgabe die Vorbereitung auf eine Ausbildung ist (während die anderen Maßnahmen in der Regel nur auf eine Jugendarbeitertätigkeit vorbereiten), stark unterproportional zugenommen hat. Insgesamt befanden sich 1977 bereits 56 000 Jugendliche in berufsvorbereitenden Maßnahmen und Sonderformen des BGJ; hinzu kommt der starke Ausbau des regulären Berufsgrundbildungsjahrs, auf das ebenfalls immer mehr Jugendliche ausweichen, weil sie keinen Ausbildungsplatz finden. — Diese Entwicklung dürfte im wesentlichen erklären, warum die Jugendarbeitslosigkeit so stark zurückgegangen ist, obwohl Mitte der 70er Jahre vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ein entgegengesetzter Trend zu erwarten gewesen wäre.

Besonders hoch sind die Dunkelziffern bei *ausländischen Jugendlichen*; hier lassen sich nur Vermutungen über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit anstellen. Bei dieser Gruppe versagt auch die Heranziehung der Berufsschulstatistik, da nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von 1978 nur rund 44% aller berufsschulpflichtigen ausländischen Jugendlichen ihrer Berufsschulpflicht überhaupt nachkommen. In Baden-Württemberg waren 1978 von den in den öffentlichen Berufsschulen eingeschulten Ausländern 21,3% arbeitslos. Nach Baethge u. a. gab es 1976 rund 50 000 arbeitslose ausländische Jugendliche - die Arbeitslosenquote für diese Gruppe hätte dann 30% betragen; eine Münchner Dokumentation kommt zu einer Zahl von 100 000<sup>8</sup>.

Die Arbeitsmarktkrise wirkt sich für die Jugendlichen jedoch nicht nur in schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt aus, sondern auch in einem — im Verhältnis zur Nachfrage — drastisch verringerten Angebot an *Lehrstellen*.

<sup>7</sup> Nach: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Berufsbildungsbericht 1978 und 1979 und Auskunft des Bundesinstituts für Berufsbildung.

<sup>8</sup> Informationen Bildung - Wissenschaft 1/1980; Uwe Hecker: Untersuchung der Bildungssituation ausländischer Jugendlicher, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 1/1980; Berufsausbildung — Jugendarbeitslosigkeit 10/1978.

*Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt<sup>9</sup>*

	Lehrstellenangebot	-nachfrage	Angebotsüberhang
1973	551 800	466 200	+18,4%
1974	479 400	470 700	+ 1,8%
1975	480 200	485 500	- 1,1%
1976	516 900	526 500	- 1,9%
1977	583 900	585 400	- 0,3%
1978	624 400	628 500	- 0,7%
1979	677 196	660 411	+ 2,5%

Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist zwischen 1973 und 1979 zwar um 125 000 gewachsen, die Nachfrage stieg jedoch in der gleichen Zeit um fast 200 000 - die Folge war der Abbau des vor der Krise bestehenden Angebotsüberhangs. Da das Ausbildungsplatzförderungsgesetz die Erhebung einer Umlage unter den Betrieben zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze vorsieht, wenn der Angebotsüberhang kleiner als 12,5% ist (d. h. das Angebot um weniger als 12,5% über der Nachfrage liegt), wäre daher seit 1975 eine Anwendung der Finanzierungsregelung erforderlich bzw. gerechtfertigt gewesen — ob diese Regelung in der Lage ist, die quantitativen und qualitativen Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu lösen, kann man allerdings aus verschiedenen Gründen bezweifeln<sup>10</sup>.

1979 lag das Angebot zum ersten Mal wieder über der Nachfrage; aber auch hier sind die amtlichen Zahlen mit einem Fragezeichen zu versehen: Die Arbeitnehmervertreter im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung haben u. a. darauf hingewiesen, daß bei den Berechnungen die Jugendlichen in Sonderformen des BGJ oder in berufsvorbereitenden Maßnahmen, die als potentielle Ausbildungsstellenbewerber anzusehen sind, nicht berücksichtigt werden; nach ihrer Schätzung haben 1979 - bei Berücksichtigung der am Stichtag des 30. 9. noch unversorgten Bewerber bei den Arbeitsämtern - insgesamt fast 80 000 Ausbildungsplätze gefehlt. Eine Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung gelangt unter Zugrundelegung einer ganz anderen Berechnungsweise zu ähnlichen Zahlen; danach wäre die Nachfrage um über 72 000 höher gewesen als in den offiziellen Zahlen ausgewiesen, das Angebot hätte um 7,5 % unter der Nachfrage gelegen. - Von einer grundlegenden Besserung der Situation für die Jugendlichen kann also auch in diesem Bereich nicht die Rede sein.

Ein anderer Aspekt der Entwicklung des Lehrstellenangebots ist seine qualitative Struktur. Hier ist seit langem eine überproportionale Zunahme der Ausbildungsverhältnisse in Berufen zu beobachten, die nur vergleichsweise schlechte Beschäftigungsaussichten eröffnen. So sind, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit feststellt, 1977 besonders viele der zu-

<sup>9</sup> Statistik des Berufsbildungsberichts. <sup>10</sup> Vgl. H.-C. Harten: Strukturelle Jugendarbeitslosigkeit, München 1977, S. 78 ff.

sätzlichen Ausbildungsplätze in Berufen geschaffen worden, die einen überdurchschnittlichen Anteil an Berufswechslern aufweisen, Berufswechsler, die zudem besonders wenig von ihren in der Ausbildung erworbenen Kenntnissen im neuen Beruf verwerten können oder überhaupt zu Hilfsarbeiter- oder Angelerntentätigkeiten absteigen müssen. 1979 wurden z. B. im Beruf des Bäckers, der für solche Berufe repräsentativ ist, mehr als doppelt so viele Ausbildungsverträge abgeschlossen als 1974; umgekehrt bestanden z. B. im Beruf des Maschinenschlossers, der vergleichsweise gute Zukunftsperspektiven eröffnet, 1979 weniger Ausbildungsverhältnisse als 1974<sup>11</sup>.

Allerdings scheint mittlerweile eine gewisse Trendumkehr eingetreten zu sein, da das überproportionale Wachstum der Ausbildungsverhältnisse im Bereich der Handwerkskammer sich 1978/79 nicht fortgesetzt hat; ebenso konnten regionale Ungleichgewichte etwas verringert werden - dennoch gab es 1979 immer noch 43 Arbeitsamtsbezirke, in denen das Angebot an Ausbildungsplätzen niedriger war als die Nachfrage.

Die Struktur der Jugendarbeitslosigkeit hat sich hinsichtlich ihrer Verteilung nach Berufsgruppen nur wenig gegenüber den ersten Jahren der Arbeitsmarktkrise verändert. Eine Akzentuierung hat jedoch, wie dies auch für die Gesamtarbeitslosigkeit festzustellen ist, in ihrer *sozialen Struktur* stattgefunden: Der (relative) Anteil jener Gruppen, die auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt ohnehin besonders benachteiligt sind - vor allem Mädchen und Jungarbeiter - hat sich im Laufe der letzten Jahre erhöht:

„Problemgruppen“ unter den (registrierten) arbeitslosen Jugendlichen (unter 20 Jahren) in %

	Sept. 1976	Sept. 1978	Sept. 1979
Mädchen	59,7	62,2	66,5
Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung	62,6	71,0	72,5
Ausländer	8,7	8,8	10,4

Ebenso trifft das Defizit an Lehrstellen vor allem Jugendliche, die bildungsmäßig und sozial bereits benachteiligt sind. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung von 1977 konnten z. B. nur 20 % aller Sonderschüler eine betriebliche Ausbildung beginnen, obwohl 53 % dies beabsichtigt hatten; bei den Mädchen stellt sich die Lage noch extremer dar: während 44% der Sonderschülerinnen eine Ausbildung anstrebten, konnten nur 5 % diese Absicht realisieren. Neben den Sonderschülern müssen vor allem Hauptschulabgänger (ohne Abschluß) Ausbildungswünsche zurücknehmen; nach einer Untersuchung des Bun-

<sup>11</sup> Heinz Stegmann/Irmgard Holzbauer: Der Ausbildungsstellenmarkt unter qualitativem Aspekt. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/1979; Informationen Bildung - Wissenschaft 3/1980, S. 36 f.

desinstituts für Berufsbildung von 1978 mußte etwa jeder 3. Hauptschulabgänger und jeder 5. Jugendliche mit Hauptschulabschluß auf eine Ausbildung verzichten<sup>12</sup>. - 1978 waren schließlich nur 12% der ausländischen Jugendlichen in einer betrieblichen Ausbildung; ihr Anteil lag damit um mehr als das Dreifache unter dem der deutschen Jugendlichen. Von allen Beschäftigten in beruflicher Ausbildung waren 1978 ganze 1,9% Ausländer, während dies ein Jahr zuvor noch 2,1% gewesen waren<sup>13</sup>. Für Jugendliche, die keinen Hauptschulabschluß erreichen, sind das Berufsgrundbildungsjahr und die berufsvorbereitenden Maßnahmen zu einem Hauptaufnahmefeld geworden: Allein 80% aller Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen waren 1978 Jugendliche ohne Hauptschulabschluß, und 46,6% bzw. 43,2% der Sonderschüler und Hauptschulabgänger, die vergeblich eine Ausbildung anstrebten, kamen 1977 im Berufsgrundbildungsjahr unter. Gleichzeitig hat sich die Aussicht deutlich verschlechtert, durch die Teilnahme an berufsvorbereitenden Lehrgängen eher einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden<sup>14</sup>.

Die anhaltend schlechte Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt hat eine verschärfte soziale Selektion zur Folge, der ohnehin benachteiligte soziale Gruppen zum Opfer fallen. Dem korrespondiert das Bild, das der Arbeitsmarkt insgesamt bietet: 1979 waren die meisten Arbeitslosen sogenannte „Problemfälle“ — allein ein Viertel waren „Behinderte“. Das Resultat der Krise ist die Entstehung einer aus „sozial schwachen Gruppen“ zusammengesetzten Reservearmee, an der der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre vorbeigegangen ist, die über keine nennenswerte politische Macht verfügt (der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in diesen Gruppen besonders niedrig), die sich aber als ein wirkungsvolles Druckmittel erweist, um die Forderungen der beschäftigten Arbeitnehmer zu dämpfen.

#### *Auswirkungen auf die Einstellungen der Jugendlichen*

Man kann vermuten, daß die erheblich verschlechterten Perspektiven Jugendlicher auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt auch einen Ausdruck in den Einstellungen und Haltungen bzw. im Bewußtsein und den Motivationen der Jugendlichen finden. Ob sich hier generelle Tendenzen ausmachen lassen, ist jedoch vor dem Hintergrund des vorhandenen empirischen Materials nur schwer zu beantworten; die Vermutung, daß Resignation und Apathie unter den Jugendlichen zunehmen, ist für sich genommen ebenso plausibel wie die These, die Arbeitsmarktlage zwingt zu wachsender Anpassung oder die umgekehrte Annahme, sie könne bei anhaltender Dauer ein neues politisches Konflikt- und Protestpotential freisetzen. Die empirischen Untersuchungen, die in der Bundesrepublik inzwischen zu Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf Einstellungen und Bewußtsein von Jugendlichen

---

<sup>12</sup> Stegmann/Holzbauer, a.a.O.; Berufsausbildung - Jugendarbeitslosigkeit 14/1979.

<sup>13</sup> Hecker, a.a.O.

<sup>14</sup> Vgl: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4 und 5/1979.

durchgeführt worden sind, bestätigen alle drei Thesen<sup>15</sup>. Auch ein Blick in andere Länder, in denen das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit wesentlich höher ist, vermag das Bild nicht grundsätzlich aufzuhellen: Auch hier lassen die Ergebnisse vorliegender Untersuchungen keine eindeutigen Schlüsse zu. Protestbewegungen größeren Ausmaßes scheint die Jugendarbeitslosigkeit nirgendwo freigesetzt zu haben - sieht man einmal von Italien ab, das wegen der spezifischen Verbindung einer massenhaften Jugendarbeitslosigkeit mit besonders großen Beschäftigungsproblemen von Absolventen höherer Bildungsgänge einen Sonderfall darstellt<sup>16</sup>.

Dies Resultat ist an sich kaum überraschend; denn Jugendliche bilden nun einmal keine homogene sozioökonomische Gruppe, die sich zu politischen Organisationen von Gewicht zusammenschließen und einen bedeutsamen politischen Faktor darstellen könnten. Auch wenn man berücksichtigt, daß es überwiegend Arbeiterjugendliche sind, die von der Arbeitslosigkeit getroffen werden, ist doch festzuhalten, daß Jugendliche in der Regel noch nicht oder erst wenig in die traditionellen politischen und sozialen Arbeiterorganisationen integriert sind und aus diesem Grund auch kaum schon ein konsistentes politisches Konflikt- und Organisationsbewußtsein ausbilden können; ihrem Mangel an beruflichen und betrieblichen Erfahrungen korrespondiert zumeist auch ein Mangel an politischen Handlungserfahrungen.

Gegen die Annahme eines größeren politischen Konfliktpotentials spricht aber auch die Tatsache der allgemeinen gesellschaftlichen Stigmatisierung von Arbeitslosigkeit zum „individuellen Mangel“, der die Jugendlichen heute von allen Seiten ausgesetzt sind; sich der Übernahme dieser Stereotypisierungen zu entziehen, setzt schon ein Maß an persönlicher Resistenz voraus, das man wohl nur in Ausnahmefällen erwarten kann. *Politische* Deutungen (gegenüber individualisierenden Zuschreibungen) der Arbeitsmarktkrise sind auch deshalb nicht in größerer Verbreitung zu erwarten, weil für Jugendliche noch die Aufgabe im Mittelpunkt steht, zunächst überhaupt erst einmal eine Arbeit oder Ausbildung zu finden - die Frage nach der Organisation und inhaltlichen Gestaltung der Arbeit, die der Ausgangspunkt für kritisches politisches Denken sein könnte, stellt sich zumeist erst danach.

Auf der anderen Seite wäre es kurzschlüssig, aus der Verengung der Berufs- und Beschäftigungsperspektiven auf eine solche der politischen Kritikfähigkeit oder -bereitschaft zu schließen. Aus der Tatsache, daß Jugendliche sich anpassen - etwa indem sie sich um bessere Bildungsabschlüsse bemühen oder sich noch weniger politisch engagieren als zuvor - läßt sich allein noch nicht viel folgern, da dies ein individuell durchaus rationales Verhalten sein kann. In diesem Zusammenhang ist es sicher wichtig, zwischen der individuellen Anstrengung als Reaktion auf die Beschäftigungslage und der Übernahme gesellschaftlicher Vorurteile zu unterscheiden.

---

15 Beispielhaft seien hier genannt: Ulrich Baumann u. a.: Handlungsperspektiven und politische Einstellungen arbeitsloser Jugendlicher, Frankfurt/M. 1979; Karen Schober-Gottwald: Arbeitslose Jugendliche: Belastungen und Reaktionen der Betroffenen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/1978; Klaus Heinemann: Arbeitslose Jugendliche. Ursachen und individuelle Bewältigung eines sozialen Problems.

16 Vgl. Harten: Jugendarbeitslosigkeit in der EG, a.a.O.

Solange sich den Jugendlichen etwa keine kollektiven Organisations- und Handlungsmöglichkeiten anbieten bzw. ihnen keine angeboten werden, bleibt ihnen kaum etwas anderes, als sich mit den gegebenen Umständen zu arrangieren und das Beste daraus zu machen, wenn sie nicht überhaupt resignieren. Zweifellos liegt hier eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, sich um die politische Integration der Jugendlichen zu bemühen und ihnen konkrete Informations- und Handlungsangebote zu machen.

Im übrigen scheint es, daß die Übernahme gesellschaftlicher Vorurteile — insbesondere die Deutung der Arbeitslosigkeit als ein Problem individuellen Versagens der Betroffenen - bei den Beschäftigten sehr viel stärker ausgeprägt ist als bei den Arbeitslosen selbst<sup>17</sup>; die eigene Erfahrung von Arbeitslosigkeit scheint die Ausbildung eines kritisch-realistischen Bewußtseins zu begünstigen, während die (noch) nicht unmittelbar Betroffenen durch die Individualisierung des gesellschaftlichen Problems die Möglichkeit, selbst einmal arbeitslos werden zu können, verdrängen und sich um eine deutliche Abrenzung zu denen bemühen, die - vermeintlich - die Leistungsnormen und -erwartungen der Gesellschaft nicht erfüllt haben. Diese Orientierung wird sicher durch die faktische „Strukturalisierung“ der Arbeitslosigkeit nach sozialen Merkmalen (s. o.) verstärkt. - Insofern wäre zu fragen, ob eine dauerhafte Arbeitslosigkeit nicht ganz allgemein entpolitisierende Wirkungen hat, wobei dies weniger das besondere Problem der Arbeitslosen selber zu sein scheint.

---

17 Ulrich Hentschel: Politische Einstellungen von Arbeitslosen - eine Vergleichsstudie aus Nordrhein-Westfalen. In: Ali Wacker (Hg.), Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Frankfurt/M. 1978.